

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Schulträgerausschusses

der Stadt Neustadt an der Weinstraße

am Dienstag, dem 14.02.2017, 18:34 Uhr,

im Stadthaus I, Ratssaal, Marktplatz 1, Neustadt an der Weinstraße

- Öffentliche Sitzung -

Anwesend:

Mitglieder

Bock, Bernhard

Bub, Michael

Faath-Becker, Andrea

Fürst, Otto

bis 19:45 Uhr

Grün, Jürgen

Hoffmann, Margarete

bis 19:32 Uhr

Oswald-Mutschler, Roswitha

Penn, Markus

Scherzer, Frank

Weisenburger, Tobias

bis 19:45 Uhr

Verwaltung

Gröschel, Andreas

Heeskens, Nina

Müller, Eike

Müller, Rolf

Röther, Gregor

Vorsitzender

Blarr, Waltraud

Entschuldigt:

Mitglieder

Bielfeldt, Helma

Dickmann, Elvira

Nosbüsch, Rainer

Nothelfer, Frank

TAGESORDNUNG:

1. IGS-Antrag 025/2017
2. Schaffung weiterer Internetzugangsmöglichkeiten an der Realschule plus
3. Sachstandsbericht der Abteilung Gebäudemanagement über bestehende und geplante Bauvorhaben an Schulen
4. Mitteilungen und Anfragen

Die Vorsitzende eröffnet um 18:39 die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Nachdem keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung vorliegen, tritt die Vorsitzende in die Tagesordnung ein.

TOP 1

025/2017

IGS-Antrag

Antrag:

Der Schulträgerausschuss möge beschließen:

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße beantragt in Umwandlung der bestehenden Realschule plus die dauerhafte Errichtung einer vierzügigen Integrierten Gesamtschule als Schwerpunkt- und Ganztagschule mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe im Schulzentrum Böbig.

-

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der „Knackpunkt“ des IGS-Antrages die Herausarbeitung und Darstellung des schulischen Bedarfes an einer weiteren gymnasialen Oberstufe sei.

Das sei das Ergebnis der Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums und der ADD. Deshalb habe man sich in der letzten Schulträgerausschusssitzung entschieden, die Firma biregio zu beauftragen, den schulischen Bedarf antragsgerecht herauszuarbeiten und die erforderliche 10-Jahresprognose zu erstellen.

Sie erteilt Frau Dr. Reinermann-Matatko von der Firma biregio das Wort, die anhand einer Powerpoint-Präsentation die ermittelten Zahlen zum schulischen Bedarf vorstellt (siehe Anhang).

Frau Dr. Reinermann-Matatko zieht das Fazit, dass die Zahlen für eine IGS in Neustadt sprechen.

AM Bub erkundigt sich, ob die im Leitfaden erwähnten Ablehnungsquoten Neustadter Schüler in den Nachbar-IGS abgefragt worden sind. Herr Gröschel antwortet, dass Ablehnungsquoten bei einer bereits vorhandenen IGS herangezogen werden, bei Ersterrichtung aber eine Elternbefragung durchzuführen ist, welche der ADD bereits vorliege.

AM Penn hat Bedenken, ob das Schülerpotenzial für eine weitere 4-zügige Oberstufe vorhanden ist. Frau Dr. Reinermann-Matatko erläutert, dass die Prognosen ergeben, dass man mit einer ausreichenden Zahl von Rückläufern aus anderen Schulen bis zum Abitur rechnen kann.

AM Fürst befürchtet, die IGS könnte sich negativ auf die vorhandenen gymnasialen Oberstufen auswirken. In Germersheim sei es durch die Konkurrenz der dortigen IGS beim Beruflichen Gymnasium zu einem deutlichen Schülerrückgang gekommen.

Frau Dr. Reinermann-Matatko führt aus, dass in Germersheim der Einzugsbereich des Beruflichen Gymnasiums eher lokal begrenzt sei, während in Neustadt vergleichsweise wenige Schüler aus Neustadt das Berufliche Gymnasium besuchten.

AM Fürst erwidert, dass sich die Zahl der Oberstufenschüler bei einer IGS anstatt bisher auf 3 zukünftig auf 4 Oberstufen verteilen würden, was zu einem Rückgang der Schülerzahl in den Oberstufen der Gymnasien führen würde.

Frau Dr. Reinermann-Matatko bestätigt, dass es durch ein weiteres Oberstufenangebot mehr

Konkurrenz für die 3 klassischen Gymnasien gäbe, diese sich aber dieser Herausforderung stellen und ihre Profile anpassen werden. Die Zahlen des Schulentwicklungsplans belegten, dass die bestehenden gymnasialen Oberstufen in ihrem Bestand nicht bedroht seien.

AM Penn fragt nach, ob eine weitere Statistik erstellt werden könne, aus der die Auswirkungen einer IGS auf die anderen Oberstufen bis 2027 ersichtlich seien. Frau Dr. Reinermann-Matatko erklärt, dass dies aufgrund der vorliegenden Datenbasis nur summarisch für alle Gymnasien sinnvoll ist. Der Anregung von Herr Penn folgend, soll diese Statistik noch ergänzend erstellt werden.

Frau Blarr erklärt, man werde die Entwicklung verfolgen und auf jeden Fall immer auch das Berufliche Gymnasium an der BBS im Blick haben und dafür werben.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, stellt die Vorsitzende Frau Blarr nochmals den Verwaltungsantrag vor und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Schulträgerausschuss stimmt einstimmig der Beschlussvorlage zu.

Die Abstimmung im Stadtrat soll in dessen Sitzung am 21. März 2017 erfolgen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass bis dahin Fragen zur Antragsbegründung an Herrn Gröschel von der Verwaltung geschickt werden können, der diese zur Beantwortung auch ggf. an die Firma biregio weiterleiten werde.

TOP 2

Schaffung weiterer Internetzugangsmöglichkeiten an der Realschule plus

Frau Heeskens von der Abteilung Gebäudemanagement nennt 3 mögliche Varianten für weitere Internetzugänge:

1. Nur für 11 Räume im 1. OG. Dafür müssen nur wenige Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Diese Variante wäre am schnellsten zu realisieren und würde die geringsten Kosten (geschätzte 54.000 €) verursachen.
2. Für 21 Räume im 1. und 2. OG für geschätzte 77.000 €.
3. Eine aufwendige Lösung mit Leitungsdurchbrüchen in die Flure mit geschätzten Kosten in Höhe von 105.000 €.

Laut Frau Heeskens wurden bisher im Haushalt noch keine Mittel eingestellt.

Herr Eike Müller von der Abteilung Gebäudemanagement erklärt, dass die 1. Variante bis zu den Sommerferien realisiert werden könnte.

AM Bub fragt, warum die geschätzten Kosten so hoch seien und was diese alles beinhalten. Herr E. Müller erklärt, dass man davon ausgehe, dass ein zusätzlicher Kabelkanal für Netzkabel und eine neue Stromversorgung sowie zusätzliche Netzwerkverteiler benötigt würden.

AM Grün bezweifelt, dass aufwendige Verkabelungen notwendig sind. Man solle einen schnellen Internetanschluss schaffen und dann vier WLAN-Router in den Flur setzen. Herr E. Müller berichtet, die IT-Abteilung der Stadt habe sich aus technischen Gründen gegen eine WLAN-Lösung ausgesprochen. Frau Heeskens ergänzt, eine funktionierende WLAN-Lösung werde aufgrund einer großen Zahl von aktiven Komponenten auch nicht

günstig.

Herr Gröschel weist darauf hin, dass zu diesem Thema nicht die Mitarbeiter des Gebäudemanagements, sondern die der IT-Abteilung als Fachleute die richtigen Ansprechpartner sind.

AM Bock erkundigt sich, ob man eine Vernetzung über das vorhandene Stromnetz („Power-LAN“) geprüft habe. Herr E. Müller antwortet, laut IT-Abteilung wäre dies aufgrund der Größe der Installation und der vorhandenen veralteten Stromverkabelung sehr störanfällig.

Der Konrektor der Realschule plus, Herr Kästel, fragt, ob das Gebäudemanagement zur Erstellung der Planung vor Ort gewesen ist, auch er halte die Kosten für zu hoch angesetzt. Er glaube, der tatsächliche Aufwand sei niedriger.

Herr E. Müller antwortet, dies sei noch nicht der Fall gewesen. Man habe für die Planung vorhandene Unterlagen von der Verkabelung des Süd-Traktes genutzt.

Die Vorsitzende schlägt daraufhin einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin von Schule, IT-Abteilung und Gebäudemanagement vor.

AM Fürst schließt sich den Ausführungen von AM Grün an und bittet darum, neue technische Möglichkeiten noch einmal zu prüfen. Herr E. Müller wird sich dazu nochmals an die IT-Abteilung wenden.

AM Bub schlägt einen Mix aus einer „abgespeckten“ Verkabelung mit WLAN-Komponenten vor. Diese „Hybridlösung“ könne mit dem vorhandenen Stromnetz und ggf. ohne teure Kabelkanäle und Dosen auskommen. Die Schule wolle ja nur die bereits vorhandenen Whiteboards anschließen. Dafür reiche eine „Minimallösung“ aus, die die Kosten in Anbetracht der Restnutzungsdauer des Gebäudes niedrig halte.

Die Vorsitzende bittet Herrn Bub, seinen Vorschlag der Verwaltung zur Prüfung zukommen zu lassen, wozu sich Herr Bub gerne bereiterklärt.

Herr Kästel bestätigt dem Ausschuss, dass pro Unterrichtsraum nur eine Doppeldose benötigt wird.

AM Bub fragt nach dem Kostenanteil für die Erweiterung der Elektro-Infrastruktur bei den 3 vorgeschlagenen Varianten. Herr E. Müller weist auf die minimale vorhandene Elektro-Ausstattung der Schule aus den 70er-Jahren hin. Wegen der gestiegenen Anzahl von Verbrauchern ist eine Erneuerung des Stromnetzes notwendig. Dabei sind aber auch kostenintensive Brandschutzmaßnahmen erforderlich, da der Bestandsschutz bei Veränderungen nicht mehr greife.

Frau Blarr schlägt erneut die Klärung der Fragen vor Ort durch die Fachleute vor. Herr E. Müller wird einen solchen Termin demnächst organisieren.

Abschließend weist die Vorsitzende darauf hin, dass bei allen Überlegungen immer die Restnutzungsdauer des Schulgebäudes berücksichtigt werden muss.

TOP 3

Sachstandsbericht der Abteilung Gebäudemanagement über bestehende und geplante Bauvorhaben an Schulen

Frau Heeskens vom Gebäudemanagement gibt einen Überblick über noch ausstehende und geplante Baumaßnahmen an Schulen und deren Berücksichtigung im Haushalt.

Auf Nachfrage von AM Bub erklärt Frau Heeskens, bei Baumaßnahmen würden LAN-Verkabelungen nach Möglichkeit miterledigt.

Nach dem Bericht von Frau Heeskens erklärt AM Penn, er wünsche sich vom Gebäudemanagement konkrete Termine für die Ausführung der Maßnahmen, insbesondere für die Erneuerung der Heizungsanlage der Schöntalschule. Statt der Aussage, dass diese Maßnahme im Laufe des Jahres 2017 erfolgen solle, möchte er einen konkreten Termin genannt bekommen. Es habe für das Jahr 2016 die Zusage gegeben, dass die Heizungsanlage installiert werde. Die Übergangslösung mit der „Lüftungsanlage“ sei kein Zustand. Er wolle vom Gebäudemanagement wissen, wann genau die Heizung eingebaut werde.

Die Schulleiterin der GS Gimmeldingen, Frau Braunstein, moniert ebenfalls das Fehlen eines konkreten Termins für die Erneuerung der Fenster auf der Nordseite des Gebäudes. Frau Heeskens berichtet, für diese Maßnahme erfolge die Planung in 2017 und in 2018 die Umsetzung.

Die Vorsitzende gibt zu bedenken, dass eine langfristige Festlegung auf konkrete Termine nicht funktioniere, da immer auch unvorhergesehene dringendere Maßnahmen im Bauunterhalt dazwischen kommen können. AM Bub fragt nach den Ursachen für die Vielzahl von „Langläufern“. Die Vorsitzende verweist auf die Flüchtlingsproblematik und die infolgedessen einzurichtenden Unterkünfte, die für eine lange Zeit das gesamte Personal des Gebäudemanagements gebunden habe. Herr E. Müller bestätigt dies und weist auch auf Personalabgänge und Unterbesetzung des Gebäudemanagements hin. Ein weiterer Aspekt sei die gute Auftragslage der Firmen, was dazu führe, dass bei Ausschreibungen oft nur wenige geeignete Angebote eingehen.

AM Penn bittet darum, eine konkrete Terminplanung zu erstellen und diese den Betroffenen zu kommunizieren. Diese Termine müssten dann auch eingehalten werden. Frau Heeskens erklärt hierzu, vor der Freigabe des Haushaltes und der Durchführung der entsprechenden Ausschreibungen könne man keine konkreten Terminangaben machen.

Auch AM Scherzer, der Konrektor an der August-Becker-Schule in Lachen-Speyerdorf ist, wünscht sich eine verlässliche Planung mit konkreten Terminen. Seine Schule sei seit 8 Jahre eine Schwerpunktschule. Die Notwendigkeit eines Aufzuges für die Rollstuhlfahrer stehe seit 10 Jahren fest, aber die Umsetzung werde immer wieder verschoben.

Die Vorsitzende Blarr bedauert, dass die Problematik an dieser Stelle im Schulträgersausschuss nicht gelöst werden kann.

Herr Bub weist darauf hin, dass bei allen künftigen Maßnahmen das Klimaschutzkonzept der Stadt zu berücksichtigen und der Energiemanager einzubinden ist.

TOP 4

Mitteilungen und Anfragen

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:08 Uhr

Neustadt an der Weinstraße, 7. März 2017